

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Niebelsplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M., vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Namen im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Postamt 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Berek & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 23. März. Es ist nicht ohne Interesse, die Liste der Kandidaten zu mustern, welche — in den Wählern — als Aspiranten für die erledigten Ministerposten bereits genannt wurden.

Für das Kultusministerium wurden genannt: Graf Voigts in Eulenburg, Oberpräsident von Hessen-Nassau; v. Bennigsen, Oberpräsident von Hannover; v. Raffe, Oberpräsident der Rheinprovinz; und v. Puttkamer, Oberpräsident von Pommern; ferner aus anderen hohen Ämtern: Wirklicher Geheimer Rath Dr. v. Lucanus, Chef des Zivilkabinetts; Dr. Kügler, Ministerdirektor; v. Boffe, Staatssekretär des Reichsjustizamts; Herrfurth, Minister des Innern, und Graf Hagfeldt, Hofkammerpräsident; ferner von Parlamentariern: Freiherr v. Manteuffel und Herr v. Rauchhaupt.

Noch nicht ganz so zahlreich sind die für den Posten des Reichszanlers resp. des Ministerpräsidenten genannten Namen; hierfür sind zu verzeichnen: v. Bennigsen und Graf Hagfeldt, die schon oben genannt wurden; ferner der kommandirende General des Gardekorps Freiherr v. Meerfeldt-Hillebrand und der des 9. Armeekorps Graf Waldersee, der Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers Generalleutnant v. Wittich, ferner Fürst Radolin und Fürst Stolberg, endlich der Finanzminister Dr. Miquel.

Aus der Zahl der Vorgesetzten dieser Namen, sagt die „N. A. Z.“ nicht mit Unrecht, ist wohl am besten auf die Unsicherheit der in den Wählern mit denselben in Zusammenhang gebrachten Kombinationen zu schließen. Was aber den letztgenannten Posten Herrn Dr. Miquel anbelangt, welcher als erster für die Nachfolgerschaft des Grafen von Capriotti im Amt des preussischen Ministerpräsidenten in Aussicht genommen war, so hört die „N. A. Z.“, daß er gebeten habe, von seiner Person Abstand zu nehmen, unter Hinweis darauf, daß er glaube, sich in nächster Zeit ganz der Verwirklichung seiner finanziellen Reformpläne widmen zu sollen.

Über die anonymen Rathgeber des Kaisers sagt die „Reichsbote“. „Das Schlimmste bei diesen anonymen Rathgebern, schreibt das Blatt, ist, daß sie ihre Weisheit im gemüthlichen Plauderton anbringen und dabei von den Ministern in einer Weise reden, daß dieselben wie ergebene Diener erscheinen, die nur Befehle auszuführen hätten. Dadurch wird die Stellung der Minister herabgedrückt, aber der Rath jener Anonymen erhebt sich in der Regel wenig über den Werth eines Gepäuers bei Raiffe und Zigarre nach dem Diner. Diese Rathgeber waren das Unglück Friedrich Wilhelms IV., den sie so lange hin- und herzogen bis der unglückliche König selbst schwankend und willenlos wurde. Kaiser Wilhelm I. hat es, genant durch die traurigen Erfahrungen seines sonst so hochbegabten Bruders, verstanden, sich die unersetzlich wichtigen Rathgeber fern zu halten, indem er nie mit anderen Leuten, als mit seinen Ministern sachpolitische Gespräche führte und auch unter den Ministern immer nur mit jedem das Verhältniß, was in sein Ressort gehörte.“

Das Mausoleum in Charlottenburg hatte gestern, an dem Geburtstag des hochseligen Kaisers Wilhelm I., in seinem Innern einen bunten Blumenkranz erhalten im Gegensatz zu den Sterbetagen der dort beigesetzten Fürstlichkeiten, an welchen nur die weiße Farbe bei den Blumenpendeln zulässig ist. Der heutige Morgen verließ im Vergleich zu früheren Jahren am Sarge des verlebten Herrschers still, da die Mitglieder des königlichen Hauses an der Grundsteinlegung der Denkmalskirche theilnahmen und erst nach Beendigung dieser Feier im Mausoleum erschienen. Zu früherer Stunde legte eine Abordnung des Offizierskorps des 110. Regiments einen aus Rosen und Nelken gebundenen Kranz am Sarge nieder, der auf einer weißen Atlaschleife die Widmung: „Seinem hochseligen Chef“ trug. Die Blumenpendel, welche das Kaiserpaar geschickt hatte, bestand aus einem Lorbeerkranz, der mit weißen Rosen und Nelken unterbunden war und dessen weiße Atlaschleife die Initialen des Kaisers und der Kaiserin zeigte. Die unbekante Dame, welche an jedem Geburtstag Kaiser Wilhelm I. durch ein sichtbares Zeichen ihrer Verehrung feierte, hatte auch heute wieder ein prächtiges Blumengebilde aus Veilchen, Azaleen und Schneeglöckchen der Hofverwaltung in Charlottenburg eingekauft. Das Arrangement trug auf Atlaschleife die Widmung: „Eine Deutsche in der Ferne ihrem in Gott ruhenden Kaiser Wilhelm.“ Das großherzoglich badische Paar hatte, wie immer, einen Kranz aus Tannenreisern gesendet, der diesmal aber mit Blumen unterbunden war. Ihre königl. Hoheit die Frau Großherzogin ist seit dem Tode zum ersten Male wieder am Tode noch am Geburtstag persönlich in der Gruft erschienen. Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich mit ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Margarethe besuchten das Mausoleum um 10^{1/2} Uhr und legten einen Lorbeerkranz nieder.

Der Schluß der Landtagsession kann vor Ostern schwerlich mehr in Aussicht genommen werden. Die Novelle zum Verzuggesetz, die am Donnerstag zur ersten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, dürfte, da sie von großer Bedeutung für wichtige Interessen ist, längere Zeit in Anspruch nehmen, und auch sonst ist, selbst nach Falllassen des Volksschulgesetzes, noch viel Material zu erledigen. Am Freitag und Sonnabend sollen die Plenarsitzungen ausfallen.

Der Schluß der Reichstagsession ist für den 31. März in Aussicht genommen. Dem gestrigen von dem Vizepräsidenten Grafen Ballestrem veranstalteten parlamentarischen Diner wohnte auch der Reichskanzler Graf Capriotti bei, der sich mit großer Unbefangenheit und Frische über die politische Lage unterhielt. Von der freisinnigen Partei waren die Abg. Dr. Wambarger und Widder erschienen.

Die „Post“ berichtet: An dem Festmahle zur Feier des 25jährigen Bestehens der deutschen Reichs- und freisinnigen Partei nahmen nahezu 150 Personen theil. Neben den Vertretern der Partei im Reichstage, Herren und Abgeordneten waren zahlreiche frühere Abgeordnete aus den verschiedenen Legislaturperioden und allen Gauen Deutschlands anwesend. Bedauerlicherweise war der einzig noch Lebende derer, die im Jahre 1866 den Reichstag betreten, der Herr v. Bismarck, welcher am 22. d. M. zur Erinnerung an Kaiser Wilhelm I. datirt ist, bekannt gegeben; die Veröffentlichung dürfte morgen in einer Sonderausgabe des „Mil.-Wochenbl.“ erfolgen. Zu gleicher Zeit werden dann auch die Einstellungen der Kadetten in das preussische Heer mitgeteilt werden; die in das württembergische Armeekorps eingestellten Kadetten sind bereits im letzten „Mil.-Wochenbl.“ namhaft gemacht. Verabschiedet sind zwei Generalmajors v. Petersdorff I., Kommandeur der 21. Inf.-Brigade in Breslau und Fischer, Inspektor der 4. Ingenieurstabskompanie in Mainz. Gen.-Major von Petersdorff stand von 1852 bis 1877 beim 9. Grenadier-Regt., dann war er bis 1885 Major und Oberstleutnant im hiesigen Alexander Garde-Gren.-Regt., um demnach 3 Jahre als etatsmäßiger Stabsoffizier beim 21. Inf.-Regt. zu stehen. 1888 wurde er Kommandeur des 34. Inf.-Regts. in Stettin, am 18. November 1890 Brigadefeldkommandeur in Breslau. Generalmajor Fischer, der seit 1854 Offizier ist, erwarb sich 1870-71 das Eisenerz-Kreuz I. Klasse; nach dem Kriege fand er lange Jahre in Königsberg, zuerst bei der Fortifikation, dann als Art.-Offizier vom Platz und später als Inspektor der 1. Festungs-Inspektion; später kam er als Inspektor der 4. Festungs-Inspektion nach Berlin. Generalmajor von Petersdorff ist seit 24. März 1890. Zum Inspektor der 4. Inf.-Inspektion ist der Generalmajor Hummel, bisher Abtheilungschef im Ingenieurkomitee, ernannt, dessen Nachfolger der Oberstleutnant Hoffmann, bisher Mitglied des Ingenieurkomitees, geworden ist. Von der Kavallerie ist der älteste Oberst, Freiherr v. Diepenbrock-Grüter, verabschiedet, der bereits seit längerer Zeit die 29. Kav.-Brigade in Kolmar kommandirte und vorher an der Spitze der 15. Dragoner in Jagenau stand. Verabschiedet sind ferner noch 1 Oberst (von der Armee), 10 Majors, 6 Hauptleute, 4 Premierleutenants und 10 Sekondeleutenants. Im Verurlaubenstande waren die Beförderungen und Verabschiedungen sehr zahlreich.

Partei unterzeichneten, Graf Bethusy-Duc, durch Krankheit verhindert, an dem Feste theilzunehmen. Die Reihe der offiziellen Trinksprüche eröffnete Graf Bethu mit dem warmempfindlichen und begeisterten aufgenommenen Toast auf den Kaiser. Sodann toaste Konsul Stengel auf die freisinnige und Reichspartei. Herr von Kardorff brachte das Hoch auf den Fürsten Bismarck, worauf folgendes Telegramm abgefaßt wurde: „Fürst Bismarck, Friedrichsruh. Die deutsche Reichs- und freisinnige Partei bringt bei der heutigen fünfzigjährigen Feier ihres Vorgesetzten des Fürsten Bismarck, dem ersten Kanzler des deutschen Reiches, in alter treuer Verehrung ihre aufrichtigen Wünsche dar für dauernde Wohlgerathe. Die Parteivorstände. (Folgen die Namen.)“ Schließlich begrüßte Dr. Ritter namens der altiven Vertreter der Partei in der parlamentarischen Körperschaften in warmen und tiefempfindlichen Worten die Gründer und sonstigen alten Herren der Partei, in deren Namen Graf Wisingerode dankte. Zahlreiche Vergrüßungstelegramme waren aus der Provinz eingegangen, deren Verlesung lebhaftesten Wiederhall in der Versammlung fand. Der größte Theil der Festgenossen blieb nach Beendigung des Festmahles in heiterer und zanzvoller Unterhaltung bei einem Glase Bier im Kaiserhofe verweilt. Der Höhepunkt der Festsitzung trat ein, als gegen 12 Uhr das folgende Telegramm aus Friedrichsruh eintraf: „Für die ehrenvolle Begrüßung im Namen der deutschen Reichs- und freisinnigen Partei danke ich verbindlich und mit herzlichsten Wünschen für das Gedeihen Ihrer politischen Bestrebungen. von Bismarck.“

Der „Reichsanz.“ schreibt: „Bei dem allgemeinen Interesse, welches den Ergebnissen der neuen Einkommensteuer-Veranlagung entgegengebracht wird, sind wir in den Stand gesetzt, die vorläufige Mittheilung zu machen, daß nach den erst in den letzten Tagen eingegangenen vorläufigen Anzeigen das Gesamtergebniß der Veranlagung sich voraussichtlich günstiger gestalten wird, als im Finanzministerium bisher angenommen werden konnte.“

Wir haben bereits mitgetheilt, daß der Mehretrag auf 40 Millionen Mark veranschlagt wird.

Nach der auf Grund der Reichstagsbeschlüsse zweiter Lesung zum Reichsanzeigerstatut gemachten Zusammenstellung würden die baar zu zahlenden Matrularbeiträge für 1892/93 sich auf 320,859,733 Mark oder 5,873,887 Mark weniger als im jetzigen Etatsjahr belaufen. Auf Preußen würden davon 188,1 Millionen, auf Bayern 41,1 Millionen, auf Sachsen 22, auf Württemberg 14,9, auf Baden 11,5 und auf Elsaß-Lothringen 1,2 Millionen entfallen. Diese Zahlen werden jedoch als endgültige nicht angesehen werden können. Selbst wenn in der dritten Lesung keine anderen Änderungen am Etat beliebt werden würden, so ist doch anzunehmen, daß die im Etat des Reichsanzeigerstatuts ausgeworfene Position für die Kosten der Vertheilung des Reichs an der Weltausstellung in Chicago entsprechend dem inzwischen beim Reichstage eingegangenen Ergänzungsetat um 1,100,000 Mark erhöht werden wird. Die Deckung dieser Erhöhung ist durch eine Steigerung der Matrularbeiträge vorgesehen. Um den letztgenannten Betrag würde sich demnach die Summe der Matrularbeiträge jedenfalls noch vergrößern müssen, sodas gegenüber dem laufenden Jahr nur ein Minus von etwa 4,7 Millionen verbleiben würde.

Aus industriellen Kreisen wird uns berichtet, daß auf Veranlassung der Regierung Erhebungen über die Beschäftigung der einzelnen Werke, über event. Einschränkung der Arbeitszeit und event. Verringerung der Arbeiterzahl stattfinden. Nach unseren Informationen wird in verschiedenen Industriekreisen angenommen, daß erst in Herbst d. J. Änderungen des gegenwärtigen Bestandes von erheblicher Bedeutung zu erwarten stünden, wenn die Verhältnisse sich dahin nicht eine neuenswerthe Besserung aufweisen sollten.

Unter der Überschrift: „Das Triumphgeschrei der Geselagenen“ verlegt der sozialdemokratische Moniteur „Vorwärts“ seinen Lesern nachstehende Festlegung:

„Das Schlemm-Geißhorn-Kammer-Mühler hat, auch ohne Schulgesetz, seinen vollständigen Sieg errungen, und dieser Sieg wird von dem ganzen freisinnigen, Wadenstümpf- und Wasserstiefeln als eigener Triumph bejubelt. Graf Jodly geht und Miquel bleibt! In diesen Worten gipfelt der Triumphschrei der Liberalen. Graf Jodly geht als Mann und als Sieger, seinen Nachfolgern den Preis seines Kampfes überlassend. Er kann stolz sein Haupt erheben. Miquel aber bleibt und wird den ganzen schönen Kranz der Geselagedorlagen, die noch zu erledigen sind, durchbringen helfen. Gesehe, wie die lex Heinze, die gleichzeitig die nicht konfessionierten Zuhälter (Nicht-Hausbesitzer) wie die Aussteller einer Tizianischen Venus und Verfasser von Schriften, wie der „Heilige Antonius“ von Buch begeben oder die Straßengesetze, welche die Anwendbarkeit der Prügelstrafe nicht bloß für Messerbesitzer und ähnliche Strolche, sondern auch für Redakteure ermöglicht, die Landesvertrags-Novelle, die nicht nur wirthliche Verdräher, sondern auch die öffentlichen unliebhaber Militärräthe, wie des Prinzen Georg, ins Zuchthaus führen möchte, und verschiedene andere. Neue Steuerlasten werden noch weniger bei den Liberalen Anstoß erregen, als sie ihnen direkt von dem „liberalen“ Finanzminister abverlangt werden. Schade, daß der neue Dom, für den jetzt der preussische Landtag vorläufig 10 Millionen bewilligte, noch nicht fertig ist, der Liberalismus könnte in demselben seinen Triumph mit einem Te Deum feiern. Das ist wahrlich der höchste Triumph feigerer Knechtseligkeit, den der Liberalismus errungen, über die empfangenen Schläge noch zu jubeln und zu tanzen.“

Das vom 18. d. M. datirte Monats-avancement, welches im gestrigen „Mil.-Wochenbl.“ veröffentlicht wird, umfaßt nur die laufenden, auf Vorschlag erfolgten Beförderungen zu Fähnrichs- und Leutenants, einige Verlegungen, Beförderungen von Bezirkskommandeuren in höhere Chargen, ferner die Abschiedsbewilligungen und sämtliche Personalveränderungen im Verurlaubenstande. Die zu erwartenden Beförderungen in höhere Chargen und Stellungen werden vermuthlich in einem außerordentlichen Avancement, welches vom 22. d. M. zur Erinnerung an Kaiser Wilhelm I. datirt ist, bekannt gegeben; die Veröffentlichung dürfte morgen in einer Sonderaus-

gabe des „Mil.-Wochenbl.“ erfolgen. Zu gleicher Zeit werden dann auch die Einstellungen der Kadetten in das preussische Heer mitgeteilt werden; die in das württembergische Armeekorps eingestellten Kadetten sind bereits im letzten „Mil.-Wochenbl.“ namhaft gemacht. Verabschiedet sind zwei Generalmajors v. Petersdorff I., Kommandeur der 21. Inf.-Brigade in Breslau und Fischer, Inspektor der 4. Ingenieurstabskompanie in Mainz. Gen.-Major von Petersdorff stand von 1852 bis 1877 beim 9. Grenadier-Regt., dann war er bis 1885 Major und Oberstleutnant im hiesigen Alexander Garde-Gren.-Regt., um demnach 3 Jahre als etatsmäßiger Stabsoffizier beim 21. Inf.-Regt. zu stehen. 1888 wurde er Kommandeur des 34. Inf.-Regts. in Stettin, am 18. November 1890 Brigadefeldkommandeur in Breslau. Generalmajor Fischer, der seit 1854 Offizier ist, erwarb sich 1870-71 das Eisenerz-Kreuz I. Klasse; nach dem Kriege fand er lange Jahre in Königsberg, zuerst bei der Fortifikation, dann als Art.-Offizier vom Platz und später als Inspektor der 1. Festungs-Inspektion; später kam er als Inspektor der 4. Festungs-Inspektion nach Berlin. Generalmajor von Petersdorff ist seit 24. März 1890. Zum Inspektor der 4. Inf.-Inspektion ist der Generalmajor Hummel, bisher Abtheilungschef im Ingenieurkomitee, ernannt, dessen Nachfolger der Oberstleutnant Hoffmann, bisher Mitglied des Ingenieurkomitees, geworden ist. Von der Kavallerie ist der älteste Oberst, Freiherr v. Diepenbrock-Grüter, verabschiedet, der bereits seit längerer Zeit die 29. Kav.-Brigade in Kolmar kommandirte und vorher an der Spitze der 15. Dragoner in Jagenau stand. Verabschiedet sind ferner noch 1 Oberst (von der Armee), 10 Majors, 6 Hauptleute, 4 Premierleutenants und 10 Sekondeleutenants. Im Verurlaubenstande waren die Beförderungen und Verabschiedungen sehr zahlreich.

Nachdem in den letzten Jahren umfangreiche Meliorationen, Moordammkulturen, Herstellung von Kunstwiegen u. s. w. auf Forst- und Gutsbesitzern aus Staatsfonds ausgeführt worden sind, hat es der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zur Sicherstellung des angewendeten Anlagelapitals, welches von den Stelleninhabern gemäß Verfügung vom 18. Juni 1887 lediglich mit 3/4 Prozent ohne Amortisationsbeitrag verzinst wird, für erforderlich erachtet, die den Ingenieuren obliegende Unterhaltungspflicht derartiger Meliorationen einer eingehenden Kontrolle zu unterstellen und in einem Rundschreiben vom 4. Februar darüber Bestimmungen zu erlassen.

Zorn, 22. März. Der Grund des Verboths der preussischen Regierung, russisch-jüdische Auswanderer hier durchzulassen, ist der, daß die russischen Behörden sich weigern, jüdische Auswanderer zurückzunehmen, wenn sie in deutschen Dörfern wegen Mangels an Geldmitteln zurückgewiesen werden. Den preussischen Behörden erwachsen dadurch viele Schwierigkeiten, welche durch das Verbot vermieden werden sollen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. März. Mit einiger Verwunderung lesen wir in Wien, daß der Herzog von Cumberland in einigen reichsdeutschen Zeitungen sich nachgerade zum Nationalhelden erster Güte auswählt. Wir Deutsche in Wien können ja vom edlen Herzog die 48 Millionen Mark, aber wir meinen auch, sie seien schon werth, daß er sich ein wenig seiner deutschen Nationalität erinnere, und wir halten es für recht abgeschmackt, ihn dafür, daß er die Spende allergnädigst annimmt, als einen Ausbund von deutschem Patriotismus und von Hochherzigkeit zu erklären. Gleichwohl ist man über die neue Werbung selbstverständlich erfreut, da die Rücksticht auf den Berliner Bundesgenossen seine Präbendensstellung dem hiesigen Hofe immerhin unangenehm machte. Als der Kaiser Franz Josef ihn unlängst besuchte, wird er ihm gewiß zur Verschönerung gerathen haben. Abernichts kann man dem Herzog wohl nicht zum alleinigen Verdienst anrechnen, daß er in Oesterreich nichts Feindliches gegen Deutschland unternahm und sich ruhig verhielt. Sehr loblich ist jedenfalls, daß er für seinen Sohn einen deutsch-patriotischen Erzieher sucht. Möge der hochachtungsvolle zwölfjährige Knabe sich seines Deutschthums erfreuen lernen ohne Rücksticht auf sein Präbendentum auf Braunschweig. Leider hat ein „Fremdenblatt“ Artikel, der aus cumberlandischen Kreisen stammt, dieses Präbendentum wieder andächtig betont und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß noch der jetzige Herzog von Cumberland, da er im besten Mannesalter steht, auf den braunschweigischen Thron gelangen möge. Wir verstehen hier nicht, warum man den Braunschweiger, die sich gar keinen Welfen mehr wünschen, wieder einen solchen von sehr mittelwärtiger Güte aufzuziehen sollte, und es mag nicht überflüssig erscheinen, nach persönlichen Einbrüchen hervorzuheben, daß ein besonderer Gewinn für sie durch die Verschönerung des Herzogs von Cumberland sichtlich verbürgt wird. Uebrigens hat ja der „Deutsche Reichs-Anzeiger“ berichtet, daß die braunschweigische Thronfolge bei den Verhandlungen nicht in Frage gekommen ist. Wenn aber der Herzog von Cumberland an seinen Ansprüchen auf Braunschweig festhält, so bleibt allem Anschein nach ein unausgeglichenen Gegenpart bestehen, und daher muß wohl auch die Zeitungsmeldung von einer Verzeigung des Herzogs mit dem deutschen Kaiser als fragwürdig und mindestens sehr verächtlich erscheinen.

Zusatz, 22. März. (W. I. B.) In der heutigen Sitzung des Landtages wurde zunächst die Erklärung der italienischen Abgeordneten, daß sie von ihren Mandaten keinen Gebrauch machen würden, verlesen. Der Landeshauptmann konstatierte, daß die italienischen Abgeordneten durch die Nichtausübung ihres Mandats, mit Ausnahme derjenigen, die Urlaub erhalten hätten, ihres Mandats überhaupt verlustig gegangen seien. Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte der Abgeordnete Zallinger den Antrag ein, das volkswirtschaftliche Komitee zu beauftragen, geeignete Anträge zum Schutze der heimischen Weinproduktion gegenüber der italienischen Weinproduktion zu machen und verlangete die Dringlichkeit für seinen Antrag. Der Landtag genehmigte die Dringlichkeit.

Post, 22. März. In der Generalversammlung der Siejan-Gesellschaft hielt der Fürstprimas Bazary eine Rede, in der er namentlich die katholischen Schriftsteller der ganzen Welt zur Festhaltung an der christlichen Lehre entsprechenden Duldsamkeit ermahnte, um so mehr, als in der letzten Zeit eine entgegengesetzte, bedauerliche, dem Geiste und den Traditionen der Kirche widerprechende Richtung sich einzuschleichen begonnen habe. Betreffs der Weingärten seien nach dem vom Papste eingeholten Bescheid die Verhandlungen mit der Regierung noch schwebend; er hoffe auf die Lösung der Frage im Sinne der Erhaltung des Friedens zwischen dem Staat und der Kirche, obgleich er vom prinzipiellen Standpunkte der Kirche in keinem Falle abweichen könne.

Die belgischen Dynamitarbeiter setzen ihr Handwerf fort. Nach dem Attentat gegen den kaiserlichen Schwurgerichtshofs-Präsidenten Renon haben sie (wie telegraphisch schon gemeldet) jetzt auch einen Dynamitanschlag gegen den kaiserlichen Ober-Polizeikommissar Wignon unternommen. Gleichzeitig erstelt der Appellgerichtshof-Rath Renon einen neuen Drohbrief, worin es heißt: „Unser erster Anschlag ist mißlungen. Wir werden ihn wiederholen. Denn Sie und Ihre Familie müssen in die Luft fliegen.“ Die Handschrift ist dieselbe, wie bei den früheren Drohbriefen. Der Polizeist ist es leider bisher nicht gelungen, positive Spuren des Urheberes oder der Urheber zu entdecken. Die bisherigen Hausdurchsuchungen bei den bekannten Anarchisten haben zwar zur Konfiskation anarchistischer Zeitungen und Briefwechsel geführt, allein irgend welcher Schuldbeleg bezüglich der letzten Dynamitanschläge ist zur Zeit nicht vorhanden. Die Crimiologie der politischen Nachforschungen erzeugt allgemein ein Gefühl der Verunsicherung und man spricht hier bloß von anarchistischen Attentaten. Weder doch die Gaseplosion, die vorgeht in der kaiserlichen Königschloß, erfolgte, von der Bevölkerung auf ein anarchistisches Attentat zurückgeführt, obwohl von einem solchen hier ganz gewiß nicht die Rede sein kann.

Belgien.

Die belgischen Dynamitarbeiter setzen ihr Handwerf fort. Nach dem Attentat gegen den kaiserlichen Schwurgerichtshofs-Präsidenten Renon haben sie (wie telegraphisch schon gemeldet) jetzt auch einen Dynamitanschlag gegen den kaiserlichen Ober-Polizeikommissar Wignon unternommen. Gleichzeitig erstelt der Appellgerichtshof-Rath Renon einen neuen Drohbrief, worin es heißt: „Unser erster Anschlag ist mißlungen. Wir werden ihn wiederholen. Denn Sie und Ihre Familie müssen in die Luft fliegen.“ Die Handschrift ist dieselbe, wie bei den früheren Drohbriefen. Der Polizeist ist es leider bisher nicht gelungen, positive Spuren des Urheberes oder der Urheber zu entdecken. Die bisherigen Hausdurchsuchungen bei den bekannten Anarchisten haben zwar zur Konfiskation anarchistischer Zeitungen und Briefwechsel geführt, allein irgend welcher Schuldbeleg bezüglich der letzten Dynamitanschläge ist zur Zeit nicht vorhanden. Die Crimiologie der politischen Nachforschungen erzeugt allgemein ein Gefühl der Verunsicherung und man spricht hier bloß von anarchistischen Attentaten. Weder doch die Gaseplosion, die vorgeht in der kaiserlichen Königschloß, erfolgte, von der Bevölkerung auf ein anarchistisches Attentat zurückgeführt, obwohl von einem solchen hier ganz gewiß nicht die Rede sein kann.

Brüssel, 22. März. (W. I. B.) Repräsentantenkammer. Bei der Verabreichung des Eisenbahnbudgets erklärte der Minister Van den Peereboom, es werde eine Herabsetzung der Tarife zu Gunsten der Kohlen-, der Metall- und der Glasindustrie, sowie der Landwirtschaft stattfinden. Für Kohlen werde die Herabsetzung etwa zwei Millionen Franks betragen. Die belgischen Tarife würden dann den ausländischen Tarifen gleich sein.

Frankreich.

Die Meldung, daß die Dynamit-Attentate gegen Pariser Privatbäuer mit dem Attentat gegen die Kaiserin Loban nicht gemein haben, wird amtlich bestätigt. Das letztgenannte Verbrechen ist nach den offiziellen Rapporten der Präfektur eine ausschließlich anarchistische That. Der vor einigen Tagen verhaftete „ennoße Roy“ wird wegen Anstiftung zu diesem Attentat und wegen Theilnahme an dessen Ausführung unter Anklage gestellt werden. Als sein muthmaßlicher Mithilfgeber und als der wahrheinliche Hauptthäter wurde vorgelesen in Putaux der ehemalige Herausgeber des „Pere Peinard“, des Leibblattes der Anarchisten, Georges Ravence, verhaftet. Roy ist einer der Führer der äußersten Linken der Pariser Sozialdemokratie und Mitglied des bekanntesten der Pariser internationalen Anarchistenclubs, des „Cercle International“. D diesem Cercle gehören nach den amtlichen Listen der Polizeipräfektur als ständige Mitglieder an 14 Franzosen, 5 Deutsche, 2 Spanier und 1 Südamerikaner, 4 Russen bzw. Polen, 3 Schweizer, unter denen aber allem Anschein nach 2 Deutschrussen, wenigstens Russen mit deutschen Namen sind, 2 Belgier und 1 Norweger. Unter den gedachten Personen sollen verschiedene wissenschaftlich gebildete Leute sein; der Cercle International gilt unter den Pariser Anarchisten gewissermaßen für den am meisten aristokratischen unter ihren Klubs. Die dem Attentat auf die Kaiserin Loban vorausgegangenen Sprengungen und Sprengungsversuche in Privatbäuerställen gehen, auch das findet jetzt amtliche Bestätigung, aller Wahrscheinlichkeit nach von einer Person aus, welche weder mit den Anarchisten, noch mit einer der übrigen sozialdemokratischen Gruppen etwas zu thun hat. Der Verdacht, daß hinter diesen Attentaten eine Person steht, welche bei den Reparaturarbeiten Geld verdienen wollte, ist zur Gewissheit geworden. In dem Arbeiter-Verfahre ist auch bereits der muthmaßliche Thäter verhaftet. Die inzwischen von den verschiedensten Seiten gemeldeten neuen Attentatsversuche und Drohungen mit Attentaten erweisen sich sämtlich als Mythisationen.

Paris, 22. März. Aus Lyon, Marseille und Bordeaux werden Kubeförderung seitens der durch den Krach der Eisenbahnbank ruinirten Personen gemeldet. In Marseille allein verlieren 1500 Kunden ihre gesammelten Ersparnisse.

Paris, 22. März. Der Handelsminister unterbreitete heute dem Ministerrath eine Gesetzesvorlage zur Genehmigung, durch welche die Beförderung von Gegenständen aller Art, deren Werth 2000 Franks und deren Gewicht 500 Gramm nicht übersteigt, durch die Post gegen Nachnahme eingerichtet wird. Durch die Vorlage soll die Organisation einer internationalen Beförderung von Sendungen gegen Nachnahme ermöglicht werden.

Italien.

Rom, 22. März. (W. I. B.) Die Bureau der Kammer wählten für den Gesetzentwurf der Regierung über die Anwendung der Weingölklaufel in dem Handelsvertrage mit Oesterreich-Ungarn acht Kommissäre; vier derselben sind für, vier gegen den Gesetzentwurf, während die Wahl eines Kommissärs noch ausständig ist.

Der „Riforma“ zufolge dürfte der Entwurf nur schwer durchgebracht werden; auch der „Diritto“ meint, derselbe werde in der Kammer auf große Opposition stoßen.

leute mit Montag, den 21. d. M., zu Ende gegangen. Schon während der Ausfahrt nach in Kraft war, sind den Streikenden an mehr als in die Mäthe zu werden; die meisten waren fest entschlossen, mit oder ohne Einwilligung des Bundes am 21. die Arbeit wieder aufzunehmen, so daß der bezügliche Beschluß der Streikleiter in Wahrheit nur aus der Noth eine Tugend machte. Der Umschlag trat in dem Augenblicke ein, als man entdeckte, daß die Welt trotz des Massenstreiks ruhig ihren gewöhnlichen Gang ging, daß der Kohlenpreis, der auf die Kunde des beschlossenen Ausstandes hin allerdings sofort und sprunghaft stieg, den tatsächlichen Eintritt des Streiks durch einen plötzlichen und stetigen Rückgang markirte und daß unter der Arbeitseinstellung der Bergleute Niemand zu leiden hatte, als die von der Hand in den Mund lebenden Wollschichten, die den Zwischenhändlern doppelte Preise für das unentbehrliche Brennmaterial bewilligen mußten. Die Streikenden selber haben während der einzigen Woche, die der Ausstand dauerte, nicht weniger als eine halbe Million Pfund Sterling an Arbeitslohn eingebüßt, wozu noch die großartigen Lohnbeträge treten, die den in Folge des Kohlenstreiks brodelnden anderweitigen Arbeiterkategorien entgangen sind. Alles in Allem, den angekündigten Zweck hat der Streik überhaupt nicht, oder doch nur in verschwindend kleinem Maße erreicht, dagegen dem Gros der kleinen Konsumenten eine Steuer auferlegt, welche Niemandem zu Gute kommt, als den Bergleuten, die bekanntlich systematisch auf Verelendung und Revolutionirung des Pöbels ausgehen.

Rußland.

Warschau, 21. März. Dem „Gas“ wird von hier geschrieben, daß in der Kanzlei des genannten Gouvernements ein Projekt ausgearbeitet worden sei, wonach das Gouvernment Warschau aufgegeben werden soll. Die Stadt nebst einem bestimmten sie umgebenden Territorium würde dann, nach dem Beispiele Petersburgs, einem Stadthauptmann unterstellt werden, die bisherige Gouvernment bildenden Kreise aber seien zu den benachbarten Gouvernements zu ziehen. Man erwartet hier noch weitere Truppenverfügungen, da die Militärverwaltung für solche Quartiere zu mürhen soll. Als Vorstand hierfür wird angegeben, daß es sich um die im Sommer abzuhaltenden größeren Manöver handle. Wie sich die Polen aus verhalten mögen, den Russen können sie es nicht recht machen. General Gurko verlangte beinahe, sie sollten Wälle geben, tanzen und sich freuen, weil er in der Abtinnung von rauhenden Veranlagungen eine mit der nationalen Trauer zusammenhängende Demonstration erblickte. Dagegen bringt der „Wileński Westnik“, das offizielle Organ des Generalgouverneurs von Wilna, einen allerdings zunächst gegen die jüdische Bevölkerung gerichteten Artikel, in welchem dieser der Vorwurf gemacht wird, daß sie sich in diesem Winter zu sehr dem Vergnügen hingeben, in einer Zeit der Hungersnoth und allgemeiner Depression. Also, in Wilna soll man trauern, in Warschau tanzen. Dätten die Polen das gethan, ihnen wäre wohl auch der Vorwurf nicht erspart geblieben, daß sie gefühllos seien und sich der Freude hingeben, obwohl oder vielleicht gar, weil in anderen Reichstheilen die Bevölkerung Noth leidet.

Bulgarien.

Sofia, 22. März. (W. I. B.) Der Espionageprozeß Lubomirski wurde wieder aufgenommen. Die Anklageschrift enthält einen vom Angeklagten unterzeichneten Vertrag mit zwei Beamten des Kriegsministeriums, welche der Angeklagte bestochen wollte. Die Aussage des Zeugen Jotowaroff ist besonders belastend. Lubomirski soll von demselben Informationen über den Effectivbestand der Garnisonen Widin, Delogradit, Sofia und Rüstentul, sowie über die Besatzungen von Sitoniga und den Mobilisirungsplan d r bulgarischen Armee verlangt haben.

Serbien.

Belgrad, 22. März. (W. I. B.) Stupskina. Beantwortungen von Interpellationen durch den Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern und dem Kriegsminister. Der Ministerpräsident rechtfertigte die Verchiebung der Eröffnung der Stupskina mit dem Gesetze und dem Austritt der Minister Buit und Tauschanovic aus dem Kabinet. Bei der Beantwortung der Interpellation über Inkorrektheiten der Beamten besuldigten sich der radikale Deputirte Eric und der radikale Deputirte Masic gegenseitig der Unterthleife. Auf die Interpellation über die Staatsverzeigungsbücher erklärte der Ministerpräsident Batic, diese Steuer dürfe im Sinne der Handelsverträge nur diejenigen Artikel betreffen, welche auch im Inlande erzeugt würden. Nach Ablauf der gegenwärtigen Handelsverträge werde aber das Gesetz in vollem Umfange Anwendung finden. In Beantwortung der Interpellation Eric betreffend die Nichtaktirung des Offiziervorbereitungsstatus erklärte der Kriegsminister die Institution für unpraktisch, weil der Zweck, die Offiziere binnen einem halben Jahre heranzubilden, nicht erreicht werden könne. Nachdem mehrere Redner sich mit der Antwort unzufrieden erklärt hatten, nahm die Stupskina die vom Erzprieiter Juric beantragte Tagesordnung an: Die Stupskina, mit der Antwort des Kriegsministers unzufrieden, geht zur Tagesordnung über. Darauf gab der Kriegsminister, wie bereits gemeldet, seine Entlassung. Es verliert bestimmt, das Votum der Stupskina sei die Folge des gestrigen Beschlusses des radikalen Klubs.

Belgrad, 22. März. Der Kriegsminister Propoyevic hat seine Entlassung eingereicht, weil die Stupskina eine von ihm auf eine Interpellation ertheilte Antwort bemängelte.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. März. Wir wollen nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß der hiesige Beamten-Drabber-Verein am Montag, den 28. März, im großen Saale des Kongreßhauses zum Besten des Zentral-Verbandes der Stettiner Vereins-Armeepflege ein Konzert veranstaltet, bei welchem an Stelle der früher genannten Dame, Frau Martha Gardeke, welche durch Krankheit verhindert ist, Fräulein Below den gefanglichen Theil übernommen hat. Das Programm ist ein sehr reichhaltiges und gewähltes.

Spanien und Portugal.

Madrid, 22. März. (W. I. B.) Zwischen dem französischen Hofkammer Roulan und dem Ministerpräsidenten Canovas fand neuerdings eine Zusammenkunft zum Zwecke der Besprechung der kommerziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien statt. — Die Subjektionskommission nahm neue Ersparungen hauptsächlich in dem Justizbudget an.

Großbritannien und Irland.

Der Massenstreik der englischen Kohlengräber ist laut Beschluß des Bundes der Berg-

